

Das austrofaschistische Österreich, 1933 – 1938

Emmerich Tálos (unter Mitarbeit von Florian Wenninger)

Münster 2017: LIT-Verlag, 189 Seiten.

Anton Pelinka

Central European University, Budapest, Hungary

E-Mail: pelinkaA@ceu.edu

Emmerich Tálos hat sich in seiner wissenschaftlichen Laufbahn vor allem durch Publikationen zu zwei Themen den Ruf eines exzellenten Experten erworben: zur österreichischen Sozialpartnerschaft und zu dem politischen System, das in Österreich in jeder nur denkbaren Hinsicht dazwischen und unfertig war – zwischen Republik und NS-Herrschaft, und unfertig gegenüber seinen eigenen Ansprüchen, Österreich eine dauerhafte Struktur zu geben. Die repressive Herrschaft, die mit der rechtsstaatlich illegitimen Ausschaltung des Nationalrates im März 1933 begann, im Bürgerkrieg des Februar 1934 mit militärischer Gewalt abgesichert wurde und sich am 1. Mai 1934 „im Namen Gottes, des Allmächtigen“ eine Verfassung gab, brach im März 1938 wie ein Kartenhaus zusammen. Das autoritäre Regime der Diktatoren Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg war von innen unterminiert – und nicht bereit (oder auch nur in der Lage), im Widerstand gegen den Ansturm des nationalsozialistischen Deutschland „deutsches Blut“ zu vergießen.

In Fortsetzung und Vertiefung seines 2013 erschienenen Buches „Das austrofaschistische Herrschaftssystem“ bietet Tálos in Zusammenarbeit mit Florian Wenninger eine Art „summary“ dieses von der vergleichenden Politikwissenschaft nicht einfach zu verortenden Systems. Wer waren die Akteure, welche Strukturen waren von Bedeutung, welche Funktionen sollten erfüllt werden – und welches Gewicht kam den äußeren Faktoren (repräsentiert vor allem von Benito Mussolini, Adolf Hitler, aber auch dem Vatikan) zu? Was war die „Vaterländische Front“ – eine Einheitspartei à la NSDAP, oder die Fortsetzung der Christlichsozialen Partei unter anderem Namen, oder doch nur eine Fassade, hinter der systemintern Fraktionen um Macht und Einfluss rangen, müh-

sam gebündigt von den zentralen Führungsfiguren Dollfuß und Schuschnigg?

Dem Charakter einer systematischen Zusammenfassung entsprechend werden die Bestimmungsfaktoren des „Ständestaates“ deutlich: Welche Rolle kam Wilhelm Miklas zu, dem Bundespräsidenten, der sein Amt ja noch der demokratischen Republik verdankte und dem autoritären Regime den Anschein von Kontinuität und Legitimität verlieh? War Österreich zwischen 1933 und 1938 eine Doppelherrschaft, in der eine nicht demokratische Regierung und eine sich als Massenbewegung tarnende Einheitspartei die Macht teilten? Und „die Wehrverbände“ – allen voran die Heimwehren – waren sie Stütze oder doch mehr Bedrohung des Regimes?

Auf diese und andere Fragen gib das Buch Antwort – und man merkt die Handschrift der Politikwissenschaft, der es darum geht, systematisch Zusammenhänge herausarbeiten: auf dem Gebiet der Kultur-, der Bildungs-, der Wirtschafts- und der Sozialpolitik. Deutlich wird hier die Schwäche des Regimes – reaktionäre Ansätze (etwa in der Geschlechterpolitik) vermischen sich mit der Fortsetzung von auf päpstliche Enzykliken beruhenden Normen. Insgesamt: Ein auch ausdrücklich sich gegen Aufklärung und die „Moderne“ richtendes Sammelsurium, von dem nichts blieb – jedenfalls nichts, was den durch die militärische Niederlage des sich nach dem März 1938 „großdeutsch“ nennenden Reiches ermöglichten Neuanfang der demokratischen Republik Österreich beeinflussen hätte können. Oder vielleicht doch – in Form der Überzeugung, dass sich dieses letztlich fast hilflos um sich schlagende autoritäre System nicht wiederholen darf.

Emmerich Tálos ist ein expliziter Verfechter des Begriffes „Austrofaschismus“. Er liefert Argumente – ge-

stützt auf vergleichende Analysen, warum das Österreich der Jahre zwischen 1933 und 1938 als „faschistisch“ zu bezeichnen ist. Und er (und Wenninger) bedient sich dabei – verdientvoll – der Vergleiche nicht nur mit den großen Nachbarn (Deutschland, Italien), sondern auch mit den Nachbarn, die (wie die Republik Österreich) als Nachfolgestaaten aus der Konkursmasse Österreich-Ungarns hervorgegangen waren. Tálos und Wenninger überzeugen hier – die Ausschaltung rechtsstaatlicher Kontrollen, die repressive Einschränkung politischer Freizügigkeit, die Militarisierung der Innenpolitik: das alles war der gemeinsame Nenner einer Entwicklung, die überall in Mitteleuropa (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) der Demokratie, wie sie 1918 konzipiert war, fundamental entgegenlief.

Bleibt die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Begriffes Faschismus, der durch die politische Polemik von allen Seiten an den Rand inflatorischer Beliebigkeit gerückt ist: von der Komintern („Sozialfaschismus“) bis zum deutschen und österreichischen Boulevard („Linksfaschismus“) wurde dieser Begriff im Laufe von Jahrzehnten, ja fast einem Jahrhundert zu einer Etikette, die von allen Seiten dazu verwendet wurde, um sie politisch Missliebigem aufzudrücken. Tálos und Wenninger bleiben bei ihrer Position – sie nennen die österreichische „Kanzlerdiktatur“ (und das unvollendete Einparteiensystem der Vaterländischen Front) „faschistisch“. Und das ist konsistent begründet und in diesem Sinne gut vertretbar. Im politischen Alltagsdiskurs wird dies freilich die semantische Unschärfe des Faschismus-Begriffes nicht aufheben können.